gen, Dokumentationen, Anträgen der Konventsfraktion von GEW und ÖTV, persönlichen Gesprächen mit der Universitätsleitung hat sich diese Gewerkschaft gegen die Aushöhlung demokratischer Rechte gewandt und dabei auch auf die Gefahren hingewiesen, die sich durch die Politik der Berufsverbote für die gewerkschaftliche Interessenvertretung an der Hochschule ergeben.

Rainer Rilling/Richard Sorg

Hochschule und Gewerkschaften – Ansätze einer Zusammenarbeit am Beispiel der Philipps-Universität Marburg

1. Wissenschaftsentwicklung und Gewerkschaftsbewegung

1.1 Das Interesse der Gewerkschaften an der Wissenschaft

Die wissenschafts- und hochschulpolitischen Auseinandersetzungen des letzten Jahrzehnts in der BRD haben die einst herrschende Ideologie von der Wertfreiheit einer unpolitischen, im Elfenbeinturm angesiedelten ‚reinen' Wissenschaft gründlich zu Fall gebracht. Stattdessen trat deutlich die umfassende Verpflichtung der Wissenschaft auf die kapitalorientierten Bedürfnisse der herrschenden Klasse, auf die Bedürfnisse nach Sicherung und Verschleierung ihrer sozialen, politischen und ideologischen Macht hervor. Daß die Hochschulen Bastionen des sozialen Gegners sind, haben die Arbeiterschaft und ihre Organisationen in der Geschichte ständig praktisch erfahren; diesen Tatbestand empirisch belegt und in ersten Ansätzen auch wissenchaftsgeschichtlich aufgearbeitet zu haben, ist das Verdienst der Studentenbewegung seit Mitte der 60er Jahre. An seiner praktischen Korrektur tatkräftig mitzuwirken mit dem Ziel, Wissenschaftspluralismus oder besser: „intellektuelle Kampfparität" herzustellen, ist das Ziel einer sich wissenschaftlicher Hilfe bedienenden und auf die Wissenschaft einwirkenden Gewerkschaftspolitik.

Das Interesse der Gewerkschaften an der Hochschule ergibt sich zunächst aus einem doppelten, sich wechselseitig bedingenden Sachverhalt: Mit der seit Mitte der 60er Jahre sich explosionsartig durchsetzenden Vergesellschaftung der Wissenschaft (deren äußeres Kennzeichen die Vervielfachung des Kapitalaufwandes, der personellen und materiellen Potentiale ist) nimmt die Anzahl der Arbeitnehmer rasch zu, die im Wissenschaftssektor tätig sind. In der Auseinandersetzung dieser Arbeitnehmer mit dem privaten und öffentlichen Arbeitgeber entsteht die Notwendigkeit der Formulierung eigener Interessen und

wächst die Einsicht in den Sinn und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation. Nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen ist im letzten Jahrzehnt der Grad gewerkschaftlicher Organisiertheit so rasch gewachsen – was im übrigen nur den außerordentlichen Nachholbedarf anzeigt, der auch heute noch (gemessen an den Industriegewerkschaften, aber auch an den Verhältnissen in anderen kapitalistischen Ländern Europas) existiert.
Darüberhinaus resultiert aber das Interesse der Gewerkschaften an den Hochschulen aus der ebenfalls rasch voranschreitenden „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft", wodurch immer mehr Arbeitnehmer von den Auswirkungen der Wissenschaft betroffen werden:
Die Hochschule gewinnt für die Berufsausbildung beträchtlich an Gewicht. Einerseits steigt der Anteil der perspektivisch lohnabhängig beschäftigten Hochschulabsolventen beträchtlich an, und den Gewerkschaften kann als Interessenvertretungsorganen die Ausbildung ihrer künftigen Mitglieder nicht gleichgültig sein. Andererseits müssen die Arbeitnehmerorganisationen ein Interesse daran entwickeln, welche Sozialisation zukünftige ‚Führungskräfte' in Wirtschaft und Politik erhalten. Somit stellt sich die Frage nach der Beeinflussung und Gestaltung der Qualifikationsstruktur eines beträchtlichen Teils der gesellschaftlichen Arbeitskraft, wobei es hier zunehmend auch um die Notwendigkeit und Möglichkeit universitärer Weiterbildung geht.
Die Ergebnisse wissenchaftlicher Forschung spielen eine immer größere Rolle. Sie werden von Seiten des Kapitals umfassend mobilisiert und eingesetzt. Wissenschaftliche Forschung soll in den Natur- und Sozialwissenschaften einen Zuwachs an Wissen über Beschaffenheit und Entwicklung der Natur und Gesellschaft bewirken. Ohne solches Wissen kann keine Gesellschaftsordnung existieren. Die Gewerkschaften sind im Zuge der Mobilisierung des ‚Sachverstands' für den sozialen Gegner elementar darauf angewiesen, zur Begründung und Durchsetzung ihrer Politik „wahres", mit der sozialen Wirklichkeit übereinstimmendes Wissen einzusetzen. Zugleich aber produziert die Wissenschaft auch Ideologie und spielt eine wachsende Rolle in der gesellschaftspolitischen und ideologischen Auseinandersetzung der Klassen in der BRD. Gerade in den Kernzonen dieser Auseinandersetzungen – wo es um ökonomische Fragen geht – sind die Instrumentarien der Unternehmerverbände und Arbeitgeberorganisationen hochentwickelt. Sie können auf ein langjährig erprobtes Wissenschaftspotential zurückgreifen – man denke nur an die alljährlichen Empfehlungen der Wirtschaftsinstitute und des sogenannten „Sachverständigenrats" vor allem für die Tarifauseinandersetzungen. Die Mobilisierung des „Sachverstandes" im Zeichen technokratischer „Sachzwangideologie", hinter der sich schlichtes Profitinteresse nur notdürftig verbirgt, hat seit dem sichtbaren Eintritt der bundesrepublikanischen Wirtschaft in eine krisenhafte Entwicklungsphase sprunghaft zugenommen. Die ideologische Funktion der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird unter Einsatz beträchtlicher (zumeist öffentlicher) Mittel entwickelt: Wissenschaft soll die Notwendigkeit von Wirtschaftskrisen ‚begründen' (damit der Arbeitnehmer einsieht, daß er entlassen werden oder eine Einkommensminderung hinnehmen muß); sie soll ebenso die Möglichkeit der Überwindung solcher Krisen ‚begründen' (damit der Arbeitnehmer bei der Stange bleibt) und erklärt es zugleich für notwendig, dies nur im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung zu tun, indem sie ununterbrochen das Schreckgespenst einer diktatorischen Planwirtschaft beschwört u. s. w.

1.2 Praxisansätze

Diese ideologische Mobilisierung eines Großteils der universitären Wirtschafts- und Sozialwissenchaft richtet sich immer eindeutiger gegen die Arbeitnehmerschaft und ihre Organisationen. Der offensichtliche Bedeutungszuwachs der Wissenschaft unter diesen Aspekten ist für wesentliche Teile der Gewerkschaften Anlaß gewesen, sich mit der Hochschule zu befassen. Seit Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre versuchte der DGB, auf die Entwicklung der Hochschulen Einfluß zu nehmen. 1970 beschloß der DGB-Bundesvorstand, in den Universitätsorten DGB-Hochschularbeitskreise zu bilden. Als Richtlinien für die Hochschulpolitik der Gewerkschaften veröffentlichte er 1973 die „23 Thesen" zur Hochschulreform, die eine beträchtliche Reihe fortschrittlicher Positionen aus den Auseinandersetzungen um die Bildungs- und Hochschulreform aufnahmen. Konkretes Ergebnis dieser Hinwendung der Gewerkschaften zu den Hochschulen, die einherging mit einer außerordentlich rasch ansteigenden Organisierung von Hochschulangehörigen in den Gewerkschaften, waren Kooperationsverträge mit neuen Universitäten (Bremen, Oldenburg, Bochum) und

Kooperationsbeziehungen mit Einzelpersonen oder -einrichtungen an anderen Hochschulen. Die Durchsetzung und Institutionalisierung dieser, z. T. formalisierten Kooperation war weitgehend abhängig von der Existenz eines gewerkschaftlich orientierten, politisch zumeist sozialliberal-sozialistisch ausgerichteten Reformpotentials an den einzelnen Hochschulen.
Seit den Jahren 1975-77 sind die Versuche zur Entwicklung entsprechender Zusammenarbeitsverhältnisse, die bislang allerdings nur einen verschwindend geringen Teil der westdeutschen Hochschulen betreffen, Gegenstand heftigster Angriffe der politischen Rechten. Diese denunziert Versuche, die Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen in Ausbildung, Forschung und Lehre der Hochschulen durchzusetzen, als Beseitigung des ‚Wissenschaftspluralismus', der ‚Freiheit von Forschung und Lehre' und als Ausdruck machtpolitischer Eigennützigkeit der Gewerkschaften. Daß von gewerkschaftlicher Seite daher zunehmend die Kooperationsbeziehungen als Gegenmaßnahmen zur gegenwärtigen Politik des Abbaus von Reformpositionen im Bildungs- und Wissenschaftssektor begriffen werden, ist ebenso konsequent wie notwendig.

2 *Universität und Gewerkschaften in Marburg*

2.1 Spezifische Ausgangsbedingungen in Marburg

„Die Universitäten sind und waren integraler Bestandteil des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das den Arbeitnehmern die gleichberechtigte Teilnahme an politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Willensbildungsprozessen streitig macht. Ihre Aufgabe war es, Akademiker auszubilden, die den Arbeitern und ihren Kindern in Schule, Hochschule, Betrieb und Verwaltung als Funktionsträger und Garant des bürgerlichen Herrschaftssystems gegenüberstanden."[1]
Wissenschaft wurde von der Arbeiterschaft in der Regel als Instrument

1 Hans-Dieter Bamberg/Hans Jürgen Kröger/Reinhard Kuhlmann, Arbeitswelt, Gewerkschaften und Hochschulen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1977, S. 83.

des gesellschaftlichen Gegners erfahren. Während die Arbeiter den Wissenchaftlern mit tiefem Mißtrauen begegneten, zeichnete sich das ‚normale' Verhältnis des Wissenschaftlers gegenüber der Arbeiterschaft durch Unverständnis, Desinteresse und elitären Dünkel aus. In dieser Lage mußte die Initiative zu einer Öffnung der Wissenschaft für die Arbeiterbewegung eher von Kräften innerhalb der Hochschulen ausgehen, indem gleichsam die Tore zu diesen den Arbeitern verschlossenen Hochburgen des Gegners von innen geöffnet wurden.
In Marburg gab es im Unterschied zu den meisten anderen Universitäten der BRD bereits in den 50er und 60er Jahren eine Handvoll Professoren, die mit der Arbeiterbewegung verbunden waren: Wolfgang Abendroth, Heinrich Düker, Johannes Klein, Heinz Maus sowie (seit 1966) Werner Hofmann.[2] Sie waren lange Zeit die einzigen Marburger Professoren, die sich gewerkschaftlich organisierten, und zwar in der GEW, – ein für einen deutschen Ordinarius höchst befremdliches und standeswidriges Verhalten. Sie waren auch durchgängig praktisch politisch engagiert in den Organisationen der Arbeiterbewegung.
In der von dieser Gruppe von Hochschullehrern, besonders von Abendroth und Hofmann betriebenen Wissenchaft zeigte sich die „Arbeitnehmerorientierung" bereits in der Wahl der Gegenstände: Geschichte der Arbeiterbewegung, soziale Lage der Arbeiterklasse, Probleme der Gewerkschaften u. a. Zudem wurden diese Gegenstände, was wiederum eine Ausnahme an den westdeutschen Universitäten darstellte, mit Hilfe der Theorie und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus bearbeitet, also derjenigen Wissenschaftskonzeption, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist.
Diese Wissenschaft zeitigte ihre Wirkungen auf die Studierenden. Vor allem durch Abendroth lernten die Studenten die entscheidende Rolle der Arbeiterbewegung kennen und begriffen die Notwendigkeit der Praxis, die auf das Bündnis mit der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen orientiert ist. So wuchs eine Generation von Studenten und jungen Wissenschaftlern heran, die bereits in ihrer Ausbildung mit Problemen der Gewerkschaften vertraut wurde, auf der theoretischen Ebene Einsichten in die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung und Interessendurchsetzung gewann und vielfach auch zum kon-

2 Vgl. dazu die Beiträge über Wolfgang Abendroth und Werner Hofmann.

kreten praktischen Engagement in gewerkschaftlicher Arbeit fand. Die Orientierung einer wachsenden Zahl von Studenten auf die Gewerkschaften fand vor allem in der Tätigkeit der *Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF)* ihren Niederschlag.
Ein weiterer Faktor, der die Entwicklung einer Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Teilen der Universität begünstigte, war die Tatsache, daß auch außerhalb der Universität im lokalen Bereich ein relativ starkes demokratisches Potential sich entwickelte, das wiederum nicht unerheblich durch Impulse aus der Hochschule heraus, eben durch jene fortschrittlichen Professoren mitkonstituiert bzw. unterstützt wurde. Es handelte sich dabei um ein Potential aus Sozialdemokraten, Sozialisten, progressiven Freidemokraten, Kommunisten, konsequenten Gewerkschaftern (besonders aus der Gewerkschaftsjugend) und fortschrittlichen Studentengruppen. Alle wichtigen politischen Aktionen in der Stadt wurden vom Kern dieses Bündnisses getragen: von den Demonstrationen anläßlich der Spiegel-Affäre Anfang der 60er Jahre, über die Aktionen gegen die Große Koalition, gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze, über die große Kundgebung vor dem Mißtrauensantrag der CDU gegen die Brandt-Regierung und ihre Ostpolitik, bis zu den Aktionen gegen die Berufsverbote und die Große Koalition im Marburger Rathaus.

2.2 Die Entwicklung des Verhältnisses von Universität und Gewerkschaften ab Mitte der 60er Jahre

2.2.1 Die Arbeit der AgF

Eine eigenständige und in ihrer Bedeutung für die Zusammenarbeit Hochschule-Gewerkschaft kaum zu überschätzende Rolle spielt die 1957 in Marburg gegründete „Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen" (AgF). Die AgF war eine der ersten gewerkschaftlichen Studentengruppen der BRD und gehörte in den 60er Jahren zu dem allmählich größer werdenden Spektrum linker Studentengruppen, das sich in Konfrontation zu der politischen Herrschaft CDU-naher Studentengruppen und Korporationen herausbildete. Typisch war etwa, daß die Gruppensatzung der AgF Mensur und Farbentragen ausdrücklich ablehnte. In der von der AgF mitherausgegebenen Marburger Studentenzeitschrift „5 vor 12" heißt es zur Aufgabenstellung des Verbandes: „Die AgF bemüht sich im Geiste wissenschaftlicher Erkenntnis um das Verständnis aller Fragen, die mit dem Arbeitsleben, vornehmlich mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zusammenhängen" (3/1962 S. 3). Da „der Student die Führungskraft von Morgen verkörpert", müsse ihm das Wissen um Lebens- und Arbeitssituation der Arbeiterschaft vermittelt werden. Zugleich wurde gefordert, daß „der Wissenschaftler ein guter Assistent des Arbeiters sein" müsse (19/1962 S. 5) und gewerkschaftliches Gedankengut wissenschaftlich begründen solle. Weder eine gewerkschaftstheoretische, noch eine politikökonomische Begründung der Tätigkeit dieseer gewerkschaftlichen Studentengruppe existierte; ebensowenig bildeten die seit Mitte der 60er Jahre absehbaren sozialen Dequalifizierungstendenzen der Intelligenz das Motiv der Verbandsarbeit. Auch innerhalb der Gewerkschaften spielte damals die Bildungs- und Wissenschaftspolitik keine Rolle; die Universität geriet höchstens unter der Rubrik „Kulturpolitik" ins Blickfeld.
Die AgF, die ca. 20-30 Studenten organisierte, hatte gleichwohl eine beträchtliche Bedeutung für die Entwicklung studentischer Politik in den 60er Jahren. Auffällig ist das Engagement der gewerkschaftlich organisierten Studenten bei den – sehr sporadischen – demokratischen Aktivitäten von Teilen der Marburger Studentenschaft in dieser Phase. Die AgF nahm Teil an der bis dahin größten Nachkriegsdemonstration der Marburger Studenten anläßlich der „SPIEGEL-Affäre" 1962; sie war Mitveranstalter der ersten großen Marburger Kundgebung gegen die Notstandsgesetze am 21. 5. 1965, auf der u. a. Philipp Pless, SPD-MdL, sprach; innerhalb der jahrelangen und sich immer mehr verschärfenden Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung spielte die AgF eine wichtige Rolle, da sie in einigen, wenn auch geringen Ansätzen die parallelen Bewegungen gegen dieses Gesetzeswerk in der Arbeiterklasse und der Studentenschaft miteinander zu vermitteln vermochte. Eine Reihe von Veranstaltungen, die sich vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus mit der Notstandsgesetzgebung beschäftigten – so u. a. eine Großveranstaltung im Audimax der Universität mit Georg Benz vom Vorstand der IG Metall am 22. 6. 1967 „Notstand droht durch Notstandsgesetze" – wurden von der AgF mitgetragen und teilweise initiiert. In der AgF organisierte Studenten waren beteiligt bei den Versuchen, im örtlichen Rahmen Aufklärungs-

arbeit und politischen Protest zu den Notstandsgesetzen zu organisieren.

Während sich die AgF bis Ende der 60er Jahre – wie andere Studentengruppen auch – vorwiegend mit Fragen der Demokratieentwicklung in der BRD beschäftigte (wobei sich der Bogen spannte von der Veranstaltung „Nie wieder 30. Januar 1933" mit Martin Niemöller im Jahre 1963, die im Zeichen des Antifaschismus stand, bis hin zur Durchführung von Protestdemonstrationen gegen die Große Koalition 1966), unterschied sie sich von den anderen studentischen Gruppen frühzeitig durch die organisatorische und (wenn auch teilweise abstrakte) Bezugnahme auf die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung. Sie machte sich also die damals in der Studentenbewegung der BRD dominierende Theorie von der „Integration" der Arbeiterklasse in das kapitalistische System nicht (oder nur teilweise) zu eigen. Das schloß nicht aus, daß ihre Bildungsarbeit auch in Marburg faktisch zunächst von einem solchen Konzept vorhandener weitgehender Integration der Arbeiterschaft ausging, welche durch aufklärendes Aufzeigen der allumfassenden Manipulationszusammenhänge überwunden werden sollte.

Ursprünglich arbeitete die AgF – wie die anderen gewerkschaftlichen Studentengruppen in der BRD auch – nicht innerhalb der Gewerkschaften; ihre Aufgabe war vielmehr die Vertretung gewerkschaftlicher Positionen und Ideen innerhalb der Hochschule. Seit Mitte der 60er Jahre jedoch kehrte sich – zumindest in Marburg – das Verhältnis dieser beiden Grundfunktionen einer gewerkschaftlichen Studentengruppe um. 1964/65 begann der Einsatz von Studenten in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit, im wesentlichen des DGB; 1966/67 nahm er breiteren Umfang an; und seit 1967/68 verzehnfachte sich die Bildungsarbeit, die nun auch in Einzelgewerkschaften (IG Metall, ÖTV) durchgeführt wurde. An der konzeptionellen Erörterung und Durchführung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (zunächst dabei vor allem der Jugendbildungsarbeit) hatte die AgF über den örtlichen und regionalen Rahmen hinaus beträchtlichen Anteil; sie gab frühzeitig Impulse für eine Orientierung der Bildungsarbeit weg von einem in der Freizeitsphäre ansetzenden Konzept hin zu einer Konzeption, die im Bereich betrieblicher Konflikte und Klassenauseinandersetzungen ihren Ausgangspunkt hat und den Arbeitnehmer zur organisierten Interessendurchsetzung und zu gewerkschaftlichem Kampf befähigen soll.

AgF **Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen**

GEMEINSAME FRONT VON STUDENTEN, PROFESSOREN UND ARBEITERN GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE

Das Bündnis von Studenten, progressiven Professoren und Arbeitern im Kampf gegen die Notstandsgesetze wird immer enger. Nachdem man in Bochum und Gießen damit begonnen hat, Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze vom AStA, den örtlichen Einzelgewerkschaften und dem DGB gemeinsam zu veranstalten, folgt man diesem Beispiel nun in immer mehr Universitätsstädten. **Auch in Marburg begrüßen der Kreisvorstand des DGB und die Vertreter der Einzelgewerkschaften die Initiative des AStA, eine Informationsveranstaltung durchzuführen und allen Studenten das Hochschulmanifest gegen die Notstandsgesetzgebung zur Unterschrift vorzulegen.**

Auf der letzten Delegiertenkonferenz der IG Metall im Raum Marburg/Biedenkopf/Stadt Allendorf verabschiedeten die Delegierten dazu folgende Entschließung:

„Die Delegierten der 3. ordentlichen Vertreterversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Marburg/Biedenkopf erwarten vom Vorstand Unnachgiebigkeit in der Frage der Notstandsgesetzgebung. Wir befinden uns in bester Gesellschaft vorzüglicher Staatsrechtler und sollten mit diesem Rückhalt den **Befürwortern jeglicher Notstandsregelung eine Abfuhr erteilen. Wir schließen uns dem Hochschulmanifest der Professoren und Studenten an, die dazu aufgefordert haben, keinem Abgeordneten, der die Notstandsgesetze unterstützt, in Zukunft bei Wahlen die Stimme zu geben.**"

Schließen auch Sie sich dem Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze an!
Bekräftigen Sie durch Ihre Unterschrift, daß Sie nicht gewillt sind, einen weiteren Abbau Ihrer demokratischen und sozialen Rechte hinzunehmen!

Kommen Sie zur Informationsveranstaltung des AStA am Mittwoch, dem 8. 11. 1967 um 14 Uhr in den Hörsaal 5!

AgF **Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen**

AgF-Flugblatt 1967

Aktionsausschuß „Gewerkschafter und Studenten"

V.: Frank Werkmeister, 3551 Wehrda, Unter den Eichen 33, Tel. 87673

Presseerklärung

Marburg, den 30. 5. 68: Im Anschluß an eine Betriebsräte-Vollkonferenz am 29. 5. der Verwaltungsstelle Marburg / Biedenkopf der IG Metall beschlossen die anwesenden Betriebsräte mit den hinzugekommenen Studierenden der Philipps-Universität Marburg, einen Aktionsausschuß zu bilden, der sich in der Folgezeit mit den Notstandsgesetzen und der Notstandsverfassung in Inhalt und Auslegung in ständiger Information zusammenfinden wird.

Der Ausschuß stellt sich die Aufgabe, die Praktiken der Bundesregierung sowie der Parlamentarier in allen mit dem Notstand zusammenhängenden Entscheidungen zu überwachen und eine Aufklärung in der Öffentlichkeit zu betreiben.

Die Mitarbeit in diesem Ausschuß steht allen Bevölkerungskreisen offen, die bereit sind, jede Anwendung der Notstandsgesetze im Keime zu prüfen bzw. zu verhindern und Aktionen in Wahrnehmung des Widerstandsrechts durchzuführen.

Für den Aktionsausschuß „Gewerkschafter und Studenten"

gez. Karlheinz Mörmel gez. Frank Werkmeister

AgF-Presseerklärung 1968

Die örtliche und zeitliche Flexibilität der Studenten, der allmählich wachsende Bedarf an wissenschaftlich vorbereiteten Entscheidungshilfen, ebenso der Mangel an ausgebildeten Kollegen aus der örtlichen und betrieblichen Gewerkschaftsarbeit machen den Einsatz von Studenten für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sinnvoll und notwendig. Für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschule in Marburg ist dabei dreierlei von Bedeutung:

1. Die Bildungsarbeit wird ergänzt durch die Mitwirkung der AgF an der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in den Orts- und Kreisjugendausschüssen, in Lehrlingszentren und anderen gewerkschaftlichen Gruppen im Bereich Nordhessen. Ein wesentlicher Schwerpunkt der AgF-Arbeit seit Ende der 60er Jahre war in Marburg und Umgebung die Lehrlingsarbeit.
2. Es entwickelte sich eine wissenschaftliche Qualifizierung studentischer Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (theoretische Diskussion von Grundfragen gewerkschaftlicher Praxis), die hinüberleitet zur Erstellung unmittelbar praktisch verwertbaren Wissens. Die Entwicklung theoretisch begründeter, aber vor allem auch erfahrungsgesicherter und praktisch anwendbarer wissenschaftlicher Qualifikation ist von großer Bedeutung für die Überwindung der breiten, auf reale Erfahrungen begründeten Vorbehalte in der Arbeitnehmerschaft und der Arbeiterbewegung gegenüber der Intelligenz. Die Entwicklung eines wechselseitigen Verständnisses ist dabei durch die institutionelle Einbeziehung der AgF in gewerkschaftliche Gremien (Vertretung mit beratender Stimme im Kreisvorstand, in Kreisdelegiertenkonferenzen des DGB beträchtlich erleichtert worden.
3. Die Heranführung der Studenten an gewerkschaftliche Probleme, ihre gewerkschaftliche Orientierung und Organisierung, das Kennenlernen der Probleme der Arbeitswelt wirken als berufliche Qualifikation besonderer Art und initiieren zugleich Lernprozesse für die politische Praxis, vermitteln insbesondere die Grunderfahrung der Solidarität.

Welche positiven Beispiele für die Zusammenarbeit Hochschule-Gewerkschaft dabei in dieser Hinsicht von Seiten der in der AgF organisierten Studenten gesetzt wurden, verdeutlicht z. B. die Marburger Solidaritätsaktion mit den streikenden Zementarbeitern von Erwitte vom Sommersemester 1975. Im Rechenschaftsbericht der AgF vom Sommersemester 1975 heißt es dazu u. a.: „Am 23. April kamen die

Streikleitung und Kollegen aus dem Betriebsrat der Firma Seibel auf unsere Einladung hin nach Marburg. 400 Marburger Studenten und Kollegen der Gewerkschaftsjugend brachten auf der Veranstaltung auch ihre materielle Solidarität zum Ausdruck. Nachdem der Asta noch einmal ‚Zementsäcke aus Erwitte' verkaufte, konnten alles in allem 1300,– DM für die Streikkasse der Kollegen aus Erwitte überreicht werden."

Ähnliche Aktionen hatte die AgF auch aus Anlaß von anderen überregional bekannt gewordenen betrieblichen Auseinandersetzungen wie denen bei Hoesch, Klöckner, Rheinstahl, Brakwede etc. durchgeführt. Die Tätigkeit dieser Studentengruppe an der Marburger Universität hat für die Entwicklung einer engen Kooperation zwischen Arbeiterschaft und Hochschule über Marburg hinaus Pionierarbeit geleistet und bildet eine Grundlage für die studentische Arbeit auf diesem Gebiet. Über Standpunkt und Zielsetzung ihrer Arbeit heißt es in der 1975 verabschiedeten Satzung der AgF u. a.: „Die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung – gesellschaftlich betrieben und finanziert – dürfen nicht mehr im Interesse des Gewinnstrebens und der Machterhaltung der Großkonzerne, sondern müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden. In gemeinsamer Arbeit und in solidarischem Kampf mit Arbeitern, Angestellten, Beamten, der arbeitenden und lernenden Jugend und ihren Organisationen gilt es, dieses Ziel zu erreichen.... (Um der) Trennung von Arbeiterklasse und Intelligenz entgegenzuwirken, muß es daher eine Aufgabe gewerkschaftlich organisierter Studenten sein, ihren Kommilitonen die zunehmende Gleichgerichtetheit der Interessen von Arbeiterklasse und Intelligenz aufzuzeigen und sie für aktive gewerkschaftliche Arbeit auch an ihrem späteren Arbeitsplatz zu gewinnen."

2.2.2 Ansätze der Zusammenarbeit von Gewerkschaftern und Studenten

Die Beziehungen zwischen Hochschulangehörigen und Gewerkschaften standen in den Jahren 1966-1969 weitgehend im Zeichen der Studentenbewegung. Die spektakulären, der Tradition der Arbeiterbewegung oft fremden Aktionsformen der Studentenbewegung, ihre

Hilflosigkeit und ihre Desinteresse gegenüber den Organisationen und Errungenschaften der Arbeiterbewegung, aber auch der elitäre Anspruch von zeitweise dominierenden Teilen der Studentenbewegung, eine Führungsrolle gegenüber der angeblich ‚verbürgerlichten' Arbeiterklasse übernehmen zu können, dies alles bestärkte viele Gewerkschafter in ihrem Mißtrauen und in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Studenten. Eine durchweg demagogische Berichterstattung in den Massenmedien, insbesondere der Springerpresse, welche Besonderheiten studentischer sozialer Verhaltensweisen und universitärer Subkultur sowie Randerscheinungen der Studentenbewegung systematisch hervorhob, verbunden mit z. T. faschistoider Minderheitenhetze, trug zur Verfestigung einer solchen ablehnenden Haltung bei. In Marburg jedoch haben sich – auch durch die politisch-theoretische Entwicklung der lokalen Studentenbewegung – diese Widersprüche in solcher Schärfe nicht zugespitzt, wie dies etwa in Berlin oder Frankfurt der Fall war. Vielmehr fallen in jene Zeit die ersten Kontakte und Vorstufen eines Bündnisses zwischen Gewerkschaften, Studenten und Wissenschaftlern.

Regelmäßiger Anlaß für gegenseitige Kontakte und gemeinsames Handeln war der 1. Mai als traditioneller Kampftag der Arbeiterklasse. Es kam in Marburg in dieser Phase zur Gründung von Maikomitees, die jeweils am Abend des 30. April Veranstaltungen zum 1. Mai durchführten und in eigenen Flugblättern zur Teilnahme an den Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften aufriefen. Durchaus von symbolischer Bedeutung für die Entwicklung auch des politischen Kräftespektrums in der Stadt Marburg war, daß seit dieser Phase traditionell öffentliche Maikundgebungen des DGB auf dem Marktplatz stattfinden, der lange Jahre an diesem Tag bloß Ort städtisch organisierter Frühlingsfröhlichkeit oder ständisch-reaktionärer Selbstdarstellung Marburger Korporationen war.

Weiterführende Ansatzpunkte für die Entwicklung einer dauerhafteren Zusammenarbeit in dieser Phase waren durch die scharfen Konflikte um die Notstandsgesetze gegeben.[3] Die Einsicht in die gemeinsame Bedrohung durch diese Gesetze hatte bei einigen Gewerkschaftern dazu geführt, ungeachtet der Vorbehalte gegenüber den Studen-

3 Vgl. den Beitrag „Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze".

ten gewisse Formen der Zusammenarbeit zu suchen. So kam es am 29. 5. 1968 im Anschluß an eine Betriebsrätevollkonferenz der Verwaltungsstelle Marburg/Biedenkopf der IG Metall zur Gründung eines Aktionsausschusses „Gewerkschafter und Studenten". Die anwesenden Betriebsräte hatten beschlossen, einen solchen Aktionsausschuß mit Studenten der Philipps-Universität zu bilden, um mit diesen im Rahmen einer kontinuierlicheren Zusammenarbeit über Fragen der Notstandsgesetze die Praktiken der Regierung zu überwachen und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären.[4] Bei diesen Gesprächen wurde begonnen, Vorurteile abzubauen.

Daß sich, allen Anfangsschwierigkeiten und Rückschlägen zum Trotz, doch allmählich gewisse Vorformen ständiger und breiter Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftern und Studenten entwickelten, zeigt auch das Beispiel „Correcta-Streik". Ende 1968 wurde im Correcta-Werk in Bad Wildungen gestreikt. Aus diesem Anlaß fand in der Universität ein Solidaritäts-teach-in statt, an dem eine Reihe von Gewerkschaftern teilnahmen, darunter der Marburger DGB-Vorsitzende Wilhelm Preckel und der hessische Bezirksleiter der IG Chemie, Papier, Keramik,Franz Fabian. Im Anschluß an die Veranstaltung wurde eine Geldsammlung für die Streikenden durchgeführt, die einen Betrag von 400,– DM erbrachte. Etwa 100 Studenten fuhren nach Bad Wildungen und überbrachten den Chemie-Arbeitern, die gerade eine Streikversammlung durchführten, den gesammelten Betrag. Für die folgenden Tage wurde in der AgF ein Schichtsystem organisiert, wonach jeweils 2-3 Studenten rund um die Uhr auf die Streikposten verteilt wurden, um mit diesen politische Diskussionen zu führen.

Generell handelte es sich hier freilich um Formen spontaner, meist sporadischer Kontakte zwischen Studenten und Gewerkschaftern, die Resultate „politischer Kraftakte" in Zeiten zugespitzter allgemeiner politischer Auseinandersetzungen (Notstandsgesetze) oder gewerkschaftlicher Kämpfe (Correcta-Streik) waren. Zumeist beteiligte sich nur ein kleiner Personenkreis aktiv an dieser Zusammenarbeit; institutionalisierte Kontakte, die auch formelle Kooperation zwischen Organisationen eingeschlossen hätten, gab es in dieser Phase (außer den genannten Aktivitäten der AgF) nicht.

4 Unterzeichnet war die Presseerklärung vom 30. 5. 1968 vom Verwaltungsstellenleiter der IG Metall, Karlheinz Mörmel, und (von studentischer Seite) von Frank Werkmeister.

2.2.3 Der Seminarversuch von Werner Hofmann

Aus der Reihe der ersten intensiveren und sich um Institutionalisierung bemühenden Kontaktversuche verdient das Seminar des Soziologen Werner Hofmann hervorgehoben zu werden, das im Sommersemester 1969 zum Thema „Mitbestimmung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft" durchgeführt wurde und im folgenden Semester unter der Leitung von Frank Deppe fortgesetzt wurde. Hofmann hatte diese Veranstaltung als einen Versuch verstanden, die neue Universitätssatzung mit Leben zu füllen. Nach § 1 dieser Satzung solle sich die Universität „der wissenschaftlichen Fortbildung Berufstätiger" annehmen. In einer Zeit, in der die Industrie ganze Institute in den Universitäten zu diesem Zwecke benutzen konnte, stellte sich dieser Seminarversuch durchaus als demonstrativer Kontrapunkt in der hochschulpolitischen Szene dar und war der Presse Schlagzeilen wert („Erstmals Arbeiter in der Universität. In Marburg gelang ein Experiment nur teilweise" – Frankfurter Rundschau vom 7. 8. 1969). Neben Studenten hatten sich zu der Veranstaltung 30-40 gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer aus Hessen gemeldet; sie kamen im wesentlichen aus Biedenkopf, Herborn, Butzbach, Gießen und Marburg. Hofmann wollte durch dieses Seminar die Studenten mit der Arbeitswelt und den dort Beschäftigten in Berührung bringen (das soziologische Institut führte auch z. B. eine Exkursion nach Dortmund zu Hoesch durch), andererseits beabsichtigte er, jenes Potential in der Arbeiterbewegung, das sich gegen die Notstandsgesetzgebung engagiert hatte, für die Mitbestimmung zu aktivieren. Die Bedeutung des Seminars lag angesichts der beträchtlichen Kommunikationsprobleme, die sich zeigten, schon darin, daß es „den arbeitenden Menschen den Mut gegeben hat, den Fuß über die Schwelle der Universität zu setzen und die Erfahrung der Wissenschaft zu suchen, um sie in die Praxis einzubringen" (W. Hofmann). Freilich ist auch aufschlußreich, daß es zu besorgten Anfragen des Arbeitgeberverbandes kam und die Universitätsverwaltung trotz der genannten Satzungsbestimmung eine Unterstützung in Form eines Fahrtkostenzuschusses für die bis zu 100 km weit anreisenden Teilnehmer ablehnte. Rückblickend läßt sich die Problematik dieser, dem Entwicklungsstand gewerkschaftlicher Hochschulpolitik durchaus vorauseilender Veranstaltung jedoch auch daran erkennen, daß sie ohne Beteiligung der Gewerkschaftsorganisation zustande kam.

2.3 Die Entwicklung in der ersten Hälfte der 70er Jahre

2.3.1 Die Rolle der GEW und der ÖTV in der Universität

Die mit der Studentenbewegung erfolgte allgemeine Politisierung im Hochschulbereich, die Auseinandersetzungen um die Erhaltung von Reformansätzen angesichts einer durch restriktive Hochschulgesetze eingeleiteten Formierungspolitik und die immer stärker spürbar gewordenen Auswirkungen der staatlichen Finanzierungspolitik auf die Arbeits- und Lernbedingungen an der Hochschule hatten zu einem starken Anstieg des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Hochschulbereich geführt und zu einer allgemeinen Zunahme der hochschulpolitischen Aktivitäten der an der Universität vertretenen Gewerkschaften. Die GEW-Hochschulsektion, die 1960 etwa 10 Mitglieder zählte, war Anfang der 70er Jahre auf über ein halbes Tausend angewachsen. Eine erste große Eintrittswelle von Wissenschaftlern aus dem ‚Mittelbau' war 1970 im Zusammenhang mit dem Streik der Assistenten zu verzeichnen. In den dann folgenden Jahren wuchs die Mitgliederzahl noch stärker an durch die zunehmende Organisierung von Tutoren und Hilfskräften sowie vor allem von Lehrerstudenten. Heute hat die GEW-Hochschulsektion, incl. der 700 Studenten, über 1000 Mitglieder. In der Hochschulpolitik der Marburger Universität war die GEW zu einem wichtigen Faktor geworden.

In geringerem Maße gilt das auch für die ÖTV. Während die Mitgliederzahl von 1960 bis 1966 in der Universität (außer Klinikum) von 175 auf 271 stieg, wuchs sie bis 1976 auf 586.[5] Neben dem Anstieg der Mitgliederzahlen war insbesondere die Verbesserung der organisatorischen Grundlage und die Entwicklung einer konsequenten Politik der ÖTV von Bedeutung. Insbesondere an der Mitbestimmungsfrage[6] entwickelten sich auch im Bereich der nichtwissenschaftlichen Bediensteten gewerkschaftliche Positionen in der Hochschulpolitik. Gerade diese begonnene Aktivierung der Nichtwissenschaftler in hochschulpolitischen Fragen erlitt freilich einen schweren Rückschlag durch das reaktionäre Bundesverfassungsgerichtsurteil, das die Mitbestimmung dieser großen Gruppe von Hochschulbeschäftigten rigoros einschränkte. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Mitbestimmungsfrage und mit den Abwehrkämpfen gegen die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (materielle Misere) sowie

gegen die staatlichen Angriffe auf das Realeinkommen, die 1974 zu dem ersten bundesweiten Streik im öffentlichen Dienst geführt hatten, wuchs die organisatorische Kraft der ÖTV, was sich in der Bildung von Betriebsgruppen und einer relativ gut funktionierenden Struktur eines Vertrauensleutekörpers niederschlug.

Mit diesen Veränderungen, die zu einer teilweise sprunghaften Zunahme des Gewichts der GEW und der ÖTV im Bereich der Universität und in der hochschulpolitischen Orientierung der universitären Gremien geführt hatten, war das gewerkschaftliche Potential innerhalb der Hochschule stark angewachsen. Die personellen, kräftemäßigen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit von Universität und Gewerkschaften in- und außerhalb der Hochschule waren erheblich verbessert worden. Hinzu kam, daß sich die gewerkschaftliche Orientierung in der großen Mehrheit des politisch aktiven Teils der Studentenschaft durchgesetzt und gefestigt hatte. Aktionen im Hochschulbereich wurden immer häufiger von einem Bündnis von GEW, ÖTV und verfaßter Studentenschaft getragen. Wenn Gewerkschafter nun in studentischen Veranstaltungen, z. B. während des Sozialkampfes, in der Universität auftraten, so verlor das allmählich seinen exotischen Cha-

5 Die folgende, freundlicherweise von Rudolf Geller, dem Marburger ÖTV-Geschäftsführer, zur Verfügung gestellte Tabelle zeigt die Mitgliederbewegung der ÖTV im Universitäts- und Klinikbereich im Verhältnis zur Gesamtzahl der ÖTV-Mitglieder im Bereich der Marburger ÖTV-Kreisverwaltung jeweils in den Jahren, in denen Personalratswahlen stattfanden. In der Zahl der wahlberechtigten Hochschulbeschäftigten sind z. B. nicht enthalten: Hochschullehrer, aus Drittmitteln Beschäftigte oder Rote-Kreuz-Schwestern.

Jahr	Universität		Klinikum		Gesamtzahl der Mitglieder im Bereich der ÖTV-Kreisverwaltung
	wahlberecht. Bedienstete	ÖTV-Mitglieder	wahlberecht. Bedienstete	ÖTV-Mitglieder	
1960	691	175	1176	491	2574
1966	1683	200	1793	410	2812
1970	2050	271	2132	384	2917
1973	1980	490	3054	563	3273
1976	2097	586	3119	726	3787

6 Die ÖTV legte 1968/69 ein Mitbestimmungsmodell vor, das von einer Drittelbeteiligung der Nichtwissenschaftler ausging.

rakter und wurde ein eher selbstverständlicher Ausdruck eines sich entwickelnden dauerhaften Bündnisses.
Die Entwicklung innerhalb der Universität wurde ergänzt durch eine Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in der Stadt. Die politisch konsequenten, vorwärtstreibenden Kräfte in den Gewerkschaften hatten an Einfluß gewonnen. Daß die Erkenntnis der Bedeutung arbeitnehmeorientierter Wissenschaftler für die Gewerkschaften wuchs, zeigte der Berufungskampf für den Politikwissenschaftler Frank Deppe. Mehrere Gewerkschaften in Marburg wie die GEW, die IG Druck und Papier oder die Deutsche Postgewerkschaft sowie eine Reihe bekannter Gewerkschaftsführer wie Leonhard Mahlein, Vors. der IG Druck und Papier, Werner Vitt, 2. Vors. der IG Chemie-Papier-Keramik oder Philipp Pless und Jochen Richert vom DGB-Landesbezirk Hessen, hatten in der Kampagne zugunsten einer Berufung Deppes zum Nachfolger Wolfgang Abendroths erfolgreich eingegriffen.[7]
Das starke Anwachsen und die Profilierung der Hochschulgruppen der im Universitätsbereich tätigen Gewerkschaften GEW und ÖTV führte zu einer erheblichen Zunahme des innergewerkschaftlichen Gewichts sowohl der GEW-Hochschulsektion wie der ÖTV-Betriebsgruppen in ihren jeweiligen Kreisorganisationen. Besonders im Falle der GEW hatte das eine starke Verschiebung der innerverbandlichen Kräfteverhältnisse zur Folge.[8]

2.3.2 Die Arbeit der Stipendiatengruppe der Stiftung Mitbestimmung (StM)

Welchen Anteil die gewerkschaftlich engagierten Studenten an der allmählichen Annäherung von Gewerkschaften und Hochschule hatten,

7 Dies hatte übrigens den CDU-Stadtverordneten und MdL Walter Troeltsch zu einem bezeichnenden Leserbrief in der Oberhessischen Presse vom 16. 3. 1972 veranlaßt, in dem er die Forderung der Postgewerkschaft als „ein Zeichen für den Verfall der Ordnung im Staat" wertete und klarstellte: „Berufungen auf Lehrstühle der Universitäten gehen die Gewerkschaften (zum Glück auch für die Gewerkschaften) noch nichts an."

8 Daß dies nicht ohne Konflikte abging, zeigte 1972 der Übertritt von etwa 100 älteren Lehrern aus dem Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulbereich in den Kreisverband Marburg-Land. Inzwischen ist jedoch das Verhältnis der beiden Kreisverbände wieder bereinigt.

zeigte bereits die Arbeit der AgF. Mit der Bildung der Stipendiatengruppe der Stiftung Mitbestimmung (StM) im September 1970 wurde dieser studentische Faktor im Verhältnis Universität-Gewerkschaften weiter verstärkt. Zusätzlich zur AgF wurde der Stipendiatengruppe Sitz und beratende Stimme in einige DGB-Gremien Marburgs eingeräumt.
Im Zug der um 1970 einsetzenden stärkeren Bemühungen der Gewerkschaften um den bislang vernachlässigten Bereich der Hochschule (DGB-Hochschularbeitskreise, Kooperationsverträge) wurde auch das Studienförderungswerk des DGB, die Stiftung Mitbestimmung, in diese Initiativen einbezogen. Durch die Bildung von lokalen Stipendiatengruppen und die Einrichtung von überregionalen Sprecherkonferenzen sollte eine stärkere Anbindung der Stipendiaten an die gewerkschaftliche Arbeit erreicht werden. Nach der ersten Sprecherkonferenz auf Bundesebene im September 1970 in Haltern konnte eine relativ weitgehende Mitbestimmung der Stipendiaten in den Gremien der Stiftung, bei der Neufassung der Förderungskonzeption sowie bei den örtlichen Auswahlverfahren von Neubewerbern durchgesetzt werden. Die Stipendiaten gingen dabei programmatisch von einem Gewerkschaftsverständnis aus, das in der strikten Ablehnung jeder Sozialpartnerschaftsorientierung bestand und die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse mit dem letztlichen Ziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft begriff.
Eine rasche Zunahme gewerkschaftlicher Aktivitäten der Stipendiaten an einer wachsenden Zahl von Hochschulen der BRD und Westberlins, progressive Impulse auf die Tätigkeit der Vertrauensdozenten und eine stärkere Förderung gewerkschaftsrelevanter wissenschaftlicher Projekte durch die StM und – vermittelt über diese – durch Einzelgewerkschaften waren die bald spürbaren Auswirkungen der eingeleiteten Veränderungen. In der Folgezeit war es besonders die StM, die über ihre Vertrauensdozenten und Stipendiaten im ganzen Bundesgebiet sowie über das ausgebaute Referat für Wissenschaftsförderung sich der Problematik der Kooperationsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Hochschulen annahm.
Auf diese Entwicklungen innerhalb der StM und des Kreises ihrer Stipendiaten waren nicht zuletzt von den Marburger Stipendiaten beträchtliche Anstöße ausgegangen, welche die Neufassung der Förderungskonzeption der StM und die innergewerkschaftliche

Arbeit der Stipendiatengruppen betrafen. Überregionale Resonanz fand auch eine Initiative der Marburger Stipendiaten gegen den „Bund Freiheit der Wissenschaft" (BuF). In einem offenen Brief vom 18. 11. 1970, in dem sie als die Hauptzielsetzung des BuF die Wahrung der Herrschaft der Ordinarien in der Hochschule und des Kapitals in der Gesellschaft herausstellten, forderten die Marburger Stipendiaten eine Stellungnahme der Gewerkschaften gegen die Bestrebungen dieses Bundes und den Ausschluß Hermann Lübbes, Gründungsmitglied des BuF, aus dem Auswahlausschuß der StM. Im Februar 1971 erfolgte in Anlehnung an einen entsprechenden Beschluß des GEW-Hauptvorstands eine offizielle Abgrenzung gegenüber dem BuF durch den Vorstand der StM; Hermann Lübbe hatte sein Amt im Auswahlausschuß niedergelegt.
Von besonderer Bedeutung war die Mitarbeit der Stipendiatengruppe innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien am Ort, vor allem im DGB. Über die guten Kontakte zum DGB-Kreisvorsitzenden, durch die institutionalisierte Form der Mitwirkung in den verschiedenen DGB-Organen und in enger Zusammenarbeit mit den AgF-Vertretern (vor allem im DGB-Kreisvorstand) konnten vielfältige Impulse auf die Diskussionen und Willensbildungsprozesse in diesen Gremien ausgehen, wobei durch die konkrete Mitarbeit bei verschiedenen praktischen Problemen der Gewerkschaftsarbeit und durch den ständigen Gesprächskontakt allmählich eine wachsende Vertrauensbasis und auch ein zunehmendes Verständnis auf seiten der Gewerkschafter für die Fragen der Hochschule geschaffen wurde.
Das hatte z. B. zum Resultat, daß auf Initiative der Stipendiatengruppe am 25./26. 11. 1972 ein vom hessischen DGB-Landesbezirk und von der StM getragenes Wochenendseminar über „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst" durchgeführt wurde, an dem hauptamtliche Gewerkschafter wie der damalige stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Jochen Richert oder der Marburger Kreisvorsitzende Wilhelm Preckel, Betriebsräte, Jugendvertreter und Stipendiaten aus Gießen, Kassel und Marburg teilnahmen.

9 Die Teilnehmer des Seminars schickten damals einen offenen Brief an die in Bonn tagende Verhandlungskommission der SPD und forderten diese auf, bei der Regierungsbildung mit der FDP ffür volle Parität in der Mitbestimmungsfrage einzutreten. Vgl. auch die Notiz in der Frankfurter Rundschau vom 28. 11. 1972.

2. 3. 3 Die Bildung und Tätigkeit des Hochschularbeitskreises des DGB (HAK)

Die gewachsene Bedeutung der ÖTV und GEW in der Universität und die Tatsache, daß Hochschulprobleme in der Arbeit dieser beiden Organisationen eine zunehmende Bedeutung gewannen, konfrontierte auch den DGB immer stärker mit Fragen der Hochschule. 1970 war vom DGB-Bundesvorstand die Bildung von DGB-Hochschularbeitskreisen an allen Hochschulorten beschlossen worden. Einer der ersten solchen Arbeitskreise wurde 1971 in Marburg gebildet. Den Vorsitz führt der DGB-Kreisvorsitzende. Mitglieder des Arbeitskreises waren Vertreter der ÖTV und der GEW, ein Hochschullehrer, ein Assistent, Vertreter der Nichtwissenschaftler, der AgF und der Stipendiatengruppe der StM.
In der ersten Phase seiner Tätigkeit konzentrierte sich der HAK auf Fragen der Arbeits- und Lernbedingungen der im Hochschulbereich Beschäftigten und Studierenden, wie sie von den zuständigen Gewerkschaften ÖTV und GEW vertreten und vom DGB unterstützt wurden. Seine Aktivitäten beschränkten sich auf die Erarbeitung von Stellungnahmen, die einerseits an die Presse gegeben wurden, andererseits über die Weiterleitung an den DGB auf Landes- und Bundesebene in die Willensbildung zumindest des hessischen DGB und in seine Positionen zu Hochschulfragen eingingen. Solche Stellungnahmen wandten sich z. B. gegen einen durch die Wohnheimmisere in Marburg verschärften sozialen Numerus clausus, gegen rückschrittliche HUG- und HRG-Entwürfe, gegen die restriktive Praxis der hessischen Landesregierung bei der Personalüberleitung im ‚Mittelbau', gegen die Kürzung der Mittel für Tutoren und Hilfskräfte, wobei sich der HAK mit deren Streik solidarisierte und eine Bereitstellung von Finanzmitteln durch Kürzungen am Rüstungsetat forderte (vgl. z. B. die „Oberhessische Presse" vom 3. 7. 72). Auf Initiative des HAK hatte der DGB-Landesbezirk Hessen, der DGB-Kreis Marburg und der GEW-Kreisverband Marburg-Stadt eine gemeinsame Grußadresse an den „Bund demokratischer Wissenschaftler" (damals BDW) aus Anlaß seiner Neugründung am 1./2. 6. 72 in Marburg geschickt, worin es hieß: „Der DGB und die GEW unterstützen die im Aufruf (des BDW – d. Verf.) genannten Ziele und versprechen sich von der Organisierung der im Wissenschafts- und Lehrbetrieb tätigen Demokraten eine

wichtige Unterstützung beim Kampf um eine konsequente Demokratisierung des Bildungswesens sowie ein wirksames Gegengewicht zu den mitbestimmungs- und gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten des ‚Bundes Freiheit der Wissenschaft' und der ihn tragenden Kräfte . . . Die Zusammenarbeit von DGB, GEW und BDW wird es der progressiven Intelligenz erleichtern, ihre gesellschaftliche Lage realistisch einzuschätzen, und stellt damit einen wichtigen Schritt zur weiteren Annäherung der Intelligenz an die Gewerkschaften dar . . ."[10]
Im Blick auf den stark gestiegenen Organisationsgrad der GEW und ÖTV im Hochschulbereich verbesserten diese Aktivitäten des HAK, indem sie zur Unterstützung und Festigung des Potentials von gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern und Studenten beitrugen, innerhalb der Hochschule die Voraussetzungen für eine Kooperation. Sollten jedoch an der Arbeit des HAK auch die Industriegewerkschaft interessiert und die Tätigkeit des HAK damit auf eine breitere Basis in der Gewerkschaftsbewegung insgesamt gestellt werden, so mußte seine Tätigkeit auf Gegenstände ausgedehnt werden, die über die Probleme der Hochschulangehörigen hinausgingen. Mit dieser Zielsetzung wurde der HAK am 2. 6. 75 neu konstituiert, nachdem der DGB-Kreisvorsitz von Käte Dinnebier übernommen worden war.

2. 4. Die Entwicklung seit der Mitte der 70er Jahre

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Hochschule in Marburg ging Hand in Hand mit der allmählichen Durchsetzung einer Politik im DGB und in einer Reihe von Einzelgewerkschaften, die zunehmend bewußter und konsequenter an Klassenpositionen orrientiert war. Vergleicht man z. B. die Diskussionen und Anträge im Kreisvorstand des DGB oder bei den Delegiertenkonferenzen um 1970 mit denen im Jahre 1975, dann wird deutlich, welche Veränderungen sich hier innerhalb eines halben Jahrzehnts vollzogen haben. Fragen der Hochschule stießen nun auf eine andere Resonanz in den Gewerkschaften als noch vor wenigen Jahren.

10 Zusammenstellung der Grußadressen zur Neugründung des BDW, hrsg. v. BDW, o. O., o. J. (Marburg 1972).

Bei der Neukonstituierung des HAK ging es vor allem darum, neben den bisherigen Problemfeldern neue Aufgabengebiete zu erschließen, die auf ein Interesse und auf die Unterstützung auch der Industriegewerkschaften rechnen konnten. Es wurde daher ein Arbeitsprogramm entworfen, dem eine doppelte Zielsetzung zugrundelag: 1. gewerkschaftliche, an den Interessen der Lohnabhängigen orientierte Vorstellungen so in die Hochschule einzubringen, daß sie Auswirkungen haben auf die Gegenstände der Forschung und der Ausbildung; 2. die Möglichkeiten der Institution Hochschule und die Ergebnisse der Wissenschaft für die praktische Arbeit der Gewerkschaften im Interesse der von ihnen vertretenen abhängig arbeitenden Mehrheit dieser Gesellschaft nutzbar zu machen.
Mit dieser neuen Konzeption des HAK gelang es, Arbeitnehmer und Gewerkschafter außerhalb des Hochschulbereichs anzusprechen und partiell in die Arbeit des HAK einzubeziehen. Der Kreis der ständigen Mitglieder des HAK stieg stark an, ebenso die Häufigkeit der Sitzungen. Die wichtigsten Projekte und Initiativen des HAK sollen im folgenden kurz skizziert werden:

1. Im Sommer 1976 wurden ein Vorbereitungsseminar und eine große Arbeitstagung über „Gesundheit und Arbeitnehmerinteressen" durchgeführt mit jeweils über 100 Teilnehmern aus Betrieben, Verwaltungen, Kliniken und der Universität. Auf der Grundlage einiger Referate von Wissenschaftlern, Ärzten und Gewerkschaftern sowie zahlreicher Erfahrungsberichte von Arbeitern und Angestellten aus den Betrieben über Fragen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, der Arbeitsmedizin und über allgemeine Probleme des Gesundheitswesens ergaben sich Diskussionen, in deren Verlauf von Kollegen wesentliche Erkenntnisse festgehalten wurden: anknüpfend an den konkreten Erfahrungen im Betrieb wurde der Widerspruch eines Gesellschaftssystems sichtbar, in dem die einen durch Überstunden und Arbeitshetze sich krank arbeiten müssen, während die anderen nicht arbeiten dürfen und auf Grund der psychischen Belastung aus ihrer erzwungenen Arbeitslosigkeit krank werden.
2. Anfang des Jahres 1976 wurde eine formelle Kooperationsvereinbarung zwischen dem DGB-Kreis Marburg-Biedenkopf und dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (03) der Philipps-Universität getroffen, die auf entsprechenden Beschlüssen des DGB-Kreisvorstandes

einerseits und des Fachbereichsrates des FB 03 andererseits beruht. Nach dieser Kooperationsvereinbarung führen der DGB und der Fachbereich 03 gemeinsam in jedem Semester Seminare über gewerkschaftlich interessante Themen durch. Seither fanden bereits zwei solche Kooperationsseminare statt: im Sommersemester 76 über die „Geschichte der deutschen Gewerkschaften", im WS 76/77 über die „Gewerkschaften in der BRD" Etwa 80 Universitätsangehörige und Gewerkschafter aus Betrieben und Verwaltungen nahmen jeweils an den 14tätig stattfindenden Sitzungen teil. Das große Interesse gerade von Kollegen, die nicht im Hochschulbereich beschäftigt sind, erlaubte es, diese Seminarreihe auch in Stadt Allendorf durchzuführen.

3. Wie eng sich die Zusammenarbeit des FB 03 mit den Gewerkschaften entwickelte, zeigte sich auf dem bundesweit beachteten „Fachbereichstag", der am 22. 02. 77 durchgeführt wurde. Zahlreiche Gewerkschafter der IG Metall, der ÖTV, der GEW und Vertreter des DGB sowie Wissenschaftler aus verschiedenen Hochschulen der BRD waren zu einem wissenschaftlichen Symposium zusammengekommen, das unter dem Rahmenthema „Arbeitnehmerinteressen und Wissenschaftsfreiheit" stand. Neben der Erörterung von Problemen einer ‚Arbeitnehmerorientierung' der Wissenschaft ging es dabei zugleich um eine offensive Antwort auf die sich verstärkenden Angriffe der CDU, vor allem des Marburger Magistratsmitgliedes, Bernhard Sälzer, auf den Fachbereich 03.

Daß die Gewerkschaften die Stoßrichtung der reaktionären Attacken auf diesen Fachbereich begriffen haben, zeigten die klaren, einstimmig angenommenen Anträge der DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen von 1975 und 1976, in denen die Anggriffe zurückgewiesen wurden; ferner die Tatsache, daß der damalige Dekan des FB 03, Frank Deppe, zum Hauptreferat der Delegiertenkonferenz eingeladen worden war; schließlich die eindeutige Stellungnahme der Marburger Kreisvorsitzenden Käte Dinnebier und des DGB-Vorsitzenden von Hessen, Jochen Richert, gegen die CDU-Angriffe. In einem Artikel in „frontal" schrieb die DGB-Vorsitzende: „Der DGB-Kreisvorstand sieht in diesen Angriffen den Versuch, sowohl die Freiheit von Forschung und Lehre und die Vielfalt wissenschaftlicher Theorieansätze einzuschränken als auch die Kooperation zwischen Teilen der Universität und den Gewerkschaften zu stören und zu bekämpfen." Deshalb sei die „Zurückweisung der Angriffe auf den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften auch ein notwendiger Beitrag zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit und der Gewährleistung des Wissenschaftspluralismus".[11]

4. Die bisher nur auf den Fachbereich 03 beschränkte Zusammenarbeit soll, so die Zielsetzung des Arbeitskreises, auf andere Fachbereiche allmählich ausgedehnt werden. Ferner soll darauf hingewirkt werden, daß in Diplom- und Doktorarbeiten Themen behandelt werden, die für die praktische Arbeit der Gewerkschaften relevant sind und deren wissenschaftliche Erarbeitung als Grundlage für gewerkschaftliche Stellungnahmen dienen können, z. B. Arbeiten über die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Marburger Raumes, über Probleme der Regionalplanung der Infrastrukturpolitik u. ä.[12]

Eine Reihe entsprechender soziologischer Arbeiten wurde bereits erstellt.

5. Ein Ergebnis der zunehmend engeren Zusammenarbeit des DGB mit Teilen der Universität und Resultat der langjährigen Arbeit der gewerkschaftlich orientierten Studenten ist auch die wachsende Kooperation der verfaßten Studentenschaft und der Gewerkschaften. Gemeinsame Veranstaltungen des AStA mit der GEW und der ÖTV gab es schon seit längerem. Neu ist die unmittelbare Zusammenarbeit mit dem DGB. So wurde z. B. im Dezember 1976 vom DGB und der IG Druck und Papier eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Marburger AStA anläßlich des Jahrestages der hessischen Verfassung über das Thema: „Streik und Aussperrung" durchgeführt. Das Bewußtsein von

11 Käte Dinnebier, Zusammenarbeit verstärken. DGB Marburg gegen Angriff auf demokratische Lehrinhalte, in: „frontal" 77/78, Dez. '76/Jan. '77, S. 41. – Auch auf der Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB in Essen wurde unter großem Beifall der Delegierten gefordert: „Den rechten Angriffen z. B. auf den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in Marburg muß entschieden entgegengetreten werden." Gewerkschaftliche Bildungspolitik, 11/12/1976, S. 337. – Vgl. im übrigen die Dokumentation der BdWi Sektion Marburg (Hrsg.), Sozialwissenschaft und Arbeitnehmerinteresse, Köln 1977, welche die Marburger Entwicklung – insbesondere am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften – umfassend darstellt.

12 Weil „relevante Lebens- und Arbeitsprobleme der lohnabhängig Beschäftigten vorausschauend erkannt werden müssen, damit sich Gewerkschaftspolitik und Gesellschaftspolitik daran orientieren kann", statt immer nur auf bereits eingetretene Entwicklungen bloß zu reagieren, deshalb haben die Gewerkschaften, so der hessische DGB-Vorsitzende, ein elementares Interesse an der Wissenschaft. Jochen Richert, Zur Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Hochschulen in Hessen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1977, S. 101.

der nicht zu unterschätzenden Bedeutung dieses sich entwickelnden Bündnisses zwischen Gewerkschaften und fortschrittlichen Studenten kommt in dem Vorwort der zu dieser Veranstaltung herausgegebenen Dokumentation zum Ausdruck, das unterschrieben ist von der DGB-Kreisvorsitzenden, dem hessischen Landesbezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier, dem Marburger Bezirksvorsitzenden dieser Gewerkschaft und dem 2. AStA-Vorsitzenden. In diesem Vorwort heißt es: „Wenn heute, im Unterschied zu früheren Zeiten, bei wachsenden Teilen der Studentenschaft eine zunehmende Hinwendung zu den Problemen der arbeitenden Menschen erfolgt, dann liegt es im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, diese Tendenzen einer gewerkschaftlichen Orientierung und Organisierung der Studenten zu fördern und zu unterstützen".[13]

3. *Perspektiven*

Es bedarf also spezieller Voraussetzungen. Diese waren in Marburg günstig. Die Existenz von auf die Arbeiterbewegung orientierten und in ihr engagierten Wissenschaftlern, eine aktive gewerkschaftlich orientierte Studentenschaft und ein starkes demokratisches Potential auch außerhalb der Universität und in den Gewerkschaften, das sind die wichtigsten, miteinander zusammenhängenden Faktoren und Voraussetzungen, unter denen sich in Marburg die bereits relativ weit gediehene Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Teilen der Universität entwickeln konnte.

Im Gesamtspektrum der westdeutschen Hochschulen – das darf eine realistische Einschätzung der Situation nicht verkennen – stellt Marburg mit einigen wenigen anderen Hochschulen in punkto Kooperation nach wie vor eine Ausnahme dar. Wie gering noch der Stellenwert der erreichten Kooperationsbeziehungen selbst an der Philipps-Universität ist, wird daran deutlich, daß auf Grund der anderen politischen Kräfteverhältnisse in fast allen übrigen Fachbereichen bislang eine Zusammenarbeit mit dem DGB auf die Gesellschaftswissenschaften beschränkt blieb. Viele der anderen Fachbereiche sind für eine solche institutionalisierte, über Einzelpersonen hinausgehende Zusammenarbeit für die Gewerkschaften solange nicht interessant, als sie in ihren politisch-wissenschaftlichen Positionen mehr oder weniger eindeutig auf der Seite des sozialen Gegners stehen.

Die Realisierung der mittel- und längerfristigen Zielsetzung, die Kooperationsbeziehungen auch auf andere Fachbereiche auszudehnen, erfordert, daß die Initiative dazu in erster Linie von gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern und Studenten in diesen Fachbereichen selbst ausgehen muß.

Ein wichtiges Ziel bleibt es ferner, stärker als das bisher gelang, die Industriegewerkschaften in die Tätigkeit des HAK und in die Kooperation mit der Hochschule einzubeziehen, um die Arbeit auf eine breitere Grundlage innerhalb der Gewerkschaften zu stellen. Das kann in dem Maße gelingen, wie die Gewerkschaften erfahren, daß wissenschaftliche Ergebnisse sich als hilfreich für die konkrete Arbeit der Interessenvertretung ihrer Mitglieder erweisen können.[15]

So wichtig eine solche Dienstleistung durch die Bereitstellung unmittelbar handlungsrelevanten Wissens für die Gewerkschaften ist, Wissenschaft geht darin nicht auf, auch nicht ihre Arbeitnehmerorientierung. Wenn die Gewerkschaften nicht nur eine Schutzfunktion gegenüber ihren Mitgliedern, sondern auch eine gesellschaftliche Gestaltungsfunktion beanspruchen, mit dem Ziel der Aufhebung von Bedingungen der Unterprivilegierung und Abhängigkeit, dann müssen sie auch ihr Interesse an der wissenschaftlichen Grundlagenforschung geltend machen. Im Falle der Gesellschaftswissenschaften heißt das, daß die Lohnabhängigen und ihre Organisationen elementar an der Erforschung der gesellschaftlichen Zusammenhänge interessiert sind, die Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit hervorbringen, und an der wissenschaftlichen Unterstützung bei der Erarbeitung von Strategien zur Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativen. „Daß aber diese enge Verbindung zwischen wissenschaftlicher Arbeit und Arbeitnehmerinteressen sich durchsetzen kann, dazu ist", so Frank Deppe in

13 IG Druck und Papier/DGB/AStA (Hrsg.), 30 Jahre Hessische Verfassung: Streik und Aussperrung am Beispiel des Druckerstreiks 1976. Dokumentation, Marburg 1976, S. 2 f.

15 Vgl. z. B. das mit den Gewerkschaften abgestimmte Projekt an der Gesamthochschule Kassel zur Erforschung der Produktivkraftentwicklung und ihrer Auswirkungen auf Zahl und Struktur der Arbeitsplätze.

seinem Einleitungsreferat zum Fachbereichstag, „die Wissenschaftsfreiheit eine unabdingbare Voraussetzung – dazu ist es notwendig, daß das Monopol jener ‚Wissenschaftsfreiheit' gebrochen wird, das schließlich darin besteht, möglichst frei, d. h. ungestört von staatlicher und politischer Kontrolle – die herrschenden Interessen zu legitimieren und wissenschaftlich zu festigen."

Es gehört darum zu den vorrangigen Aufgaben der demokratischen Bewegung insgesamt wie der Gewerkschaften im besonderen, zugleich mit den Kooperationsansätzen in Marburg und anderswo das Existenzrecht und die Arbeitsmöglichkeiten fortschrittlicher Wissenschaftler und Fachbereiche an den Hochschulen gegen die sich verstärkenden Angriffe derjenigen Kräfte zu verteidigen, deren Verständnis von Wissenschaftsfreiheit die uneingeschränkte Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und Machtstellung zum Inhalt hat. Gegenwärtig muß die Freiheit der Wissenschaft, so Hans Preiss vom Vorstand der IG Metall, „vor allem gegen ihre „Beschützer' in Schutz" genommen werden.[16]

Es geht bei der Kooperation von Gewerkschaften und Hochschule nicht um die Unterwerfung der Wissenschaft unter die Partialinteressen irgendeines beliebigen Verbandes neben tausend anderen, wie von den konservativen ‚Freiheitsschützern' unterstellt wird. Es geht vielmehr darum, daß angesichts der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft für die Lebens- und Überlebensbedingungen der Menschen die Interessen von mehr als 80 % der Bevölkerung endlich stärker Berücksichtigung finden. Da diese Zielsetzung auf den härtesten Widerstand der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte stößt, ist es notwendig – wie die Gewerkschaften es auf der Bildungspolitischen Konferenz '76 des DGB eindeutig formulierten[17] –, den Kampf um eine Arbeitnehmerorientierung der Wissenschaft, um eine Demokratisierung der Hochschule und des Bildungswesens insgesamt zu verbinden mit dem Kampf um eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche.

16 Hans Preiss, Für die Freiheit der Wissenschaft: Kooperationsverträge zwischen Gewerkschaften und Hochschulen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/1977, S. 74.

17 Vgl. dazu Richard Sorg, Gewerkschaften und Bildungspolitik, in: Blätter f. deutsche und internat. Politik 3/1977, S. 355-369.